

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES - HAUSHALTSBERATUNGEN (VERMÖGENSHAUSHALT) AM 24.02.2015

Sitzungsdatum: Dienstag, den 24.02.2015
Beginn: 17.00 Uhr
Ende: 21.10 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Carlo Bank

Bürgermeister Stefan Güntner bis 20.52 Uhr, Ziffer 2.32

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank ab 17.36 Uhr, Ziffer 2.3

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul ab 18.55 Uhr, Ziffer 2.12

Stadträtin Astrid Glos

2. Bürgermeister Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Werner May ab 17.10 Uhr, Ziffer 1

Stadtrat Manuel Müller ab 18.45 Uhr, Ziffer 2.12

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Dietrich Hermann

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp bis Ziffer 20.10 Uhr, Ziffer 2.22

Stadtrat Thomas Steinruck

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Andrea Schmidt

ab 17.56 Uhr, Ziffer 2.4

Stadträtin Bianca Tröge

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Stadtrat Hans Schardt

ab 17.45 Uhr, Ziffer 2.3

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfreuzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführer

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Verwaltungsrätin Monika Erdel

Bauingenieur Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Verwaltungsangestellte Jutta Heger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen folgende Tagesordnung.

1. Vorinformation von Stadtkämmerin Frau Erdel zum Haushaltsentwurf

Stadtkämmerin Erdel geht ausführlich auf den vorliegenden Haushaltsentwurf ein und verweist zunächst auf die vorliegende Änderungsliste 1 zum Vermögenshaushalt, die sich aufgrund der Beschlüsse in den Sitzungen des Verwaltungs- und Bauausschuss am 22.01.2015 sowie des Stadtrates am 05.02.2015 ergeben haben. Sie verweist auf das beachtliche Gesamtvolumen im Finanzplanungszeitraum bis 2018 in Höhe von 229,5 Mio. €, geht auf die einzelnen Summen der Ausgaben im Verwaltungshaushalt in 2015 der jeweiligen Einzelpläne ein und stellt deren Finanzierung im Jahr 2015 dar.

Die beachtliche Höhe der Zuschüsse im Jahr 2015, die in den Jahren 2016 bis 2018 nicht mehr in der Form erfolgen werde, lässt sich mit der haushaltsmäßigen Abwicklung der Nordtangente begründen.

Um die Ausgaben in den Jahren 2016 und 2017 finanzieren zu können, sind erhebliche Rücklagenentnahmen sowie die Aufnahme von Krediten erforderlich, so dass nach gegenwärtigen Erkenntnissen die Rücklagen nach 2017 lediglich ca. 610.000,00 € (gesetzl. Mindestrücklage bei 420.000,00 €) betragen (derzeit bei 6,390 Mio. €) bzw. die Schulden von 10,1 Mio. € auf 11,820 Mio. € ansteigen werden.

Stadtkämmerin Erdel stellt abschließend dar, dass das Investitionsvolumen sehr hoch sei, was finanziell wie personell nur sehr schwierig umzusetzen ist. Die Kreditaufnahmen für das Jahr 2015 wurden bereits mit der Rechtsaufsicht abgestimmt. Für die Folgejahre wurden sämtliche Möglichkeiten der Finanzierung dargestellt. Weitere Maßnahmen können nur noch durch Maßnahmeverschiebungen bzw. Streichungen aufgenommen werden. Das Ziel der Beratungen sollte sein,

dass keine weiteren Schulden aufgenommen werden.

Die Vorinformationen liegen der Niederschrift als Anlage 1 bei.

2. Beratung des Vermögenshaushaltes 2015 mit Investitionsprogramm 2014 - 2018

2.1. 0000.9350 - Beschaffung von Tablets für die Stadtratsmitglieder Anfrage von Stadträtin Kahnt

Stadträtin Kahnt verweist auf die eingestellten Mittel in Höhe von 30.000,00 € und möchte wissen, ob dann die Einladungen in Papierform wegfallen werden. Darüber hinaus möchte sie wissen, welche Endgeräte für diese Summe gekauft werden.

Verwaltungsrat Hartner stellt dar, dass nur diejenigen ein Tablet erhalten werden, die dies auch ausdrücklich erklären. Für diejenigen Stadträte fällt dann die Einladung in Papierform weg.

In der Summe sind neben dem Endgerät (derzeit kalkuliert für sämtliche Stadträte) auch die Kosten für die Lizenz sowie die Sicherheitsinstrumente enthalten.

In der Folge diskutiert der Stadtrat darüber, ob mit der Behandlung und Einstellung im Haushalt auch die Beschaffung letztlich beschlossen wurde. Sollte damit auch die Beschaffung beschlossen sein, würden Teile des Stadtrates weitere Informationen benötigen.

Nachdem nur diejenigen ein Tablet erhalten werden, die dies auch ausdrücklich mitteilen und dies bei der Einführung der Technik die Mehrheit des Gremiums sein sollte, fragt Oberbürgermeister Müller ab, wer sich grundsätzlich für die Beschaffung aussprechen würde.

Nachdem sich 20 der 25 anwesenden Stadträte melden, bleibt der Ansatz im Haushalt enthalten. Die Verwaltung wird bezüglich der Einführung nochmals auf das Gremium zugehen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

2.2. 0600.9452 - Farbleitsystem Bauamt Anfrage von Stadträtin Glos

Stadträtin Glos verweist auf den Ansatz in Höhe von 10.000,00 € für das Farbleitsystem im Bauamt und stellt fest, dass das sehr viel Geld sei.

Protokollführer Müller stellt dar, dass bei der Umsetzung des Farbleitsystems im Rathaus auch ein Angebot für das Bauamt eingeholt wurde, welches sich seinerzeit auf diese Summe belief.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

**2.3. 0600.9454 - Baukosten Bürgerbüro bzw. Kaiserstraße 17
0600.9494 - Planung Bürgerbüro und Kaiserstraße 17**

Die CSU beantragt die Umsetzung des vorliegenden Sanierungskonzeptes bzw. erwägt die Veräußerung an einen privaten Investor.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Entscheidung im Rahmen der Sondersitzung zum Organisationsgutachten am 12.05.2015 getroffen werden sollte. Hinsichtlich eines möglichen Verkaufs verweist er auf eine Fraktionsvorsitzendenbesprechung, in der das Stimmungsbild gegen den Verkauf ging.

Er verweist darüber hinaus auf die Abfrage der Verwaltung bei verschiedenen Städten in Bayern, wie dort ein Bürgerbüro organisiert sei.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Kaiserstraße 17, über die verschiedenen Möglichkeiten einer Umsetzung als Bürgerbüro sowie weiteren Verwendungsmöglichkeiten (Wohnungen/Geschäftsräume). Dabei wird auch die Finanzierung zu bedenken gegeben, nachdem eine große Lösung erhebliche finanzielle Aufwendungen nach sich zieht, die lt. Vorbericht nicht mehr in den Haushalt zu integrieren sind.

Auf die Frage, weshalb im Haushalt Mittel in Höhe von 200.000,00 € eingestellt seien, verweist Oberbürgermeister Müller auf die aktuelle Beschlusslage.

Oberbürgermeister Müller stellt abschließend fest, dass die Entscheidung in der Sondersitzung Organisationsgutachten am 12.05.2015 getroffen werde. Die Mittel bleiben bis dahin unverändert bestehen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.4. 2112.9450 - Grund- und Mittelschule Siedlung, Umbau und Erweiterung
2112.9490 - Grund- und Mittelschule Siedlung Planungskosten**

Die CSU beantragt den Maßnahmebeginn vor die Sommerpause 2015 zu legen und die Haushaltsmittel um jeweils ein Jahr vorzuziehen. Darüber hinaus ist ein Projektverantwortlicher zu benennen.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass mit Blick auf das VOF-Verfahren sowie die Antragsstellung bei der Regierung von Unterfranken ein Beginn im Jahr 2016 realistisch sei. Insofern wurden die Mittel angemeldet.

In folgender Diskussion wundern sich die Stadträte darüber, dass das Verfahren derart lange dauere, nachdem bereits Grundlagen für die Maßnahmen vorliegen.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass für einen möglichen früheren Baubeginn entsprechend Haushaltsreste zur Verfügung stehen und man insofern handlungsfähig wäre.

Stadtrat Moser bittet gleichwohl um Abstimmung des Antrags der CSU.

abgelehnt dafür 12 dagegen 17

Mit der Maßnahme Umbau und Erweiterung Grund- und Hauptschule Siedlung mit Neubau Schülerhort ist noch im Jahr 2015 vor der Sommerpause zu beginnen. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind jeweils um ein Jahr vorzuziehen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde.

2.5. UA 2140 - Neubau Zweifeldsporthalle Deusterpark mit Planungskosten und Außenanlagen

Eingangs verweist Stadtkämmerin Erdel auf die eingestellten Summen in der Änderungsliste 1 aufgrund der Beschlussfassung in der Sitzung am 05.02.2015 (2140.9451: 1,530 Mio. € in 2017; 2140.9491: 46.000,00 € in 2017). Dabei handelt es sich um Netto-Beträge, die entsprechenden Ansätze für die Umsatzsteuer sind im Verwaltungshaushalt veranschlagt.

Stadtrat Moser zeigt sich erneut verwundert, weshalb die Planungen derart lange dauern und mit dem Bau erst Mitte 2016 begonnen werden solle. Er verweist auf den Antrag der CSU, die Mittel um ein Jahr vorzuziehen und mit dem Bau bereits im Jahr 2015 zu beginnen.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf die Durchführung des VOF-Verfahrens zur Auswahl des Planungsbüros sowie auf die dann notwendige Planerstellung durch das Büro, so dass das Jahr 2015 gänzlich unrealistisch ist.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass die Mittel entsprechend eingestellt seien und für das Jahr 2015 ausreichend Planungskosten vorhanden sind.

Stadtrat Moser bittet dennoch über den Antrag der CSU abzustimmen.

beschlossen dafür 15 dagegen 14

Es besteht Einverständnis, die Mittel für den Neubau der Zweifeldsporthalle jeweils um ein Jahr nach vorne zu ziehen und entsprechend in den Haushalt einzustellen.

**2.6. 3009.9450/9490 - Alte Synagoge Brandschutzmaßnahmen samt Planungskosten
Anfrage von Stadträtin Wallrapp**

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, wann die Brandschutzmaßnahme in der Alten Synagoge umgesetzt werde und wundert sich über die Einstellung der Mittel in den Jahren 2015 (120.000,00 €) und 2016 (200.000,00 €).

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass die Maßnahme komplett auf das Jahr 2016 geschoben werde. Dies entspreche der Abstimmung der Nutzer mit dem Stadtbauamt mit Blick auf die bereits geplanten Veranstaltungen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.7. UA 3111 - Archiv UA 3200 - Museum
Anfrage von 2. Bürgermeister Heisel;
Reduzierung der Pauschalen für Erwerb**

2. Bürgermeister Heisel wundert sich über die Reduzierung der Pauschalen für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens.
Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass dies den Meldungen der jeweiligen Einrichtungen entspreche.

**2.8. 3400.9357 - Restaurierung Käfer Stadtpolizei, Ansatz 7.500,00 € in 2015
Anfrage von Stadträtin Glos**

Stadträtin Glos möchte wissen, welche Arbeiten vorgenommen werden.
Verwaltungsrat Hartner stellt dar, dass der Käfer als Teil des städtischen Kultur-gutes umfassend restauriert werde.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.9. 3700.9881 - Investitionszuschuss Turm Evang. Stadtkirche
Hinweis von Stadtkämmerin Erdel**

Stadtkämmerin Erdel weist darauf hin, dass die Mittel von 7.900,00 € auf 45.500,00 € erhöht werden sollten, nachdem ein Antrag der Evang. Kirchengemeinde hinsichtlich der Arbeiten am Kirchenturm vorliege, über den in der nächsten Finanzausschusssitzung beschlussgefasst werden soll.

Hiermit besteht Einverständnis. Der Ansatz wird auf 45.500,00 € erhöht.

**2.10. Anfrage von Stadtrat Pauluhn
3501.9611/3521.9611 - Restaurierung Balustraden, Brunnen, Vorplatz Luitpoldbau (Stadtbücherei, vhs)**

Stadtrat Pauluhn möchte wissen, weshalb die Kosten für die Restaurierung am Luitpoldbau bei den Haushaltsstellen 3501.9611 bzw. 3521.9611 in den Jahren 2015 (je 29.500,00 €) und 2017 (je 10.000,00 €) aufgeteilt seien. Sinnvoller wäre es, die Mittel in 2015 und 2016 einzustellen und die Maßnahme an einem Stück durchzuführen.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Mittel in Höhe von 10.000,00 € jeweils bei der Haushaltsstellen 3501.9611 sowie 3521.9611 von 2017 ins Jahr 2016 vorgezogen werden.
Hiermit besteht Einverständnis.

**2.11. Anfrage von Stadträtin Schmidt
4351.9453 - Obdachlosenunterkünfte, Erweiterungs-, Um- u. Ausbauten;
Mindestausstattung**

Stadträtin Schmidt verweist auf den Ansatz in Höhe von 5.000,00 € bei o. g. Haushaltsstelle und gibt zu bedenken, ob diese Mittel für die Mindestausstattung ausreichend seien. Ihrer Auffassung nach gebe es einen erheblichen Bedarf an Duschen in den Obdachlosenunterkünften.

Stadtkämmerin Erdel erklärt, dass in der Vergangenheit die wesentlichen Arbeiten im Verwaltungshaushalt verbucht werden mussten, nachdem sie nicht vermögenswirksam waren (RE 2014: ca. 132.500,00 €, RE 2013: ca. 109.800,00 €). Beispielsweise wurden im vergangenen Haushaltsjahr keine Mittel von o. g. Haushaltsstelle verbraucht.

Stadträtin Wallrapp verweist auf einen Antrag der FW-FBW, für die Jahre 2015 ff einen Betrag in Höhe von 30.000,00 € in den Finanzplan einzustellen.

Stadtrat Christof verweist auf einen Mindeststandart, der in vielen Wohnungen nicht gegeben sei. Seiner Auffassung nach müsste zunächst der Grundsatz beschlossen werden, dass ein Mindeststandart hergestellt werde mit einer Bedarfsanalyse, wonach anschließend die entsprechenden Mittel eingestellt werden könnten. Einen pauschalen Ansatz ohne Handlungsauftrag halte er für nicht zielführend.

Oberbürgermeister Müller stellt nach kurzer Diskussion den Antrag von Stadträtin Wallrapp zur Abstimmung, jedoch nur für das Jahr 2015.

beschlossen dafür 25 dagegen 3

Es besteht Einverständnis, bei Haushaltsstelle 4351.9453 im Jahr 2015 einen Ansatz in Höhe von 30.000,00 € einzustellen.

**2.12. 5652.9450 - Dreifachturnhalle Sportzentrum Sickergrund, Generalsanierung
5652.9490 - Machbarkeitsstudie für Generalsanierung**

Die CSU beantragt die Vorgehensweise zur Generalsanierung in einer der nächsten Sitzungen zu diskutieren, damit die Mittel entsprechend in den Haushalt eingestellt werden können. Hierbei wird die Notwendigkeit der gegenwärtig geplanten Dachsanierung zu bedenken gegeben.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Dachsanierung jetzt dringend erledigt werden muss, damit keine Schäden an den Leimbindern entstehen. Sollte innerhalb von vier Jahren eine Generalsanierung erfolgen, könne die Dachsanierung bei den förderfähigen Kosten berücksichtigt werden.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte kurz über die Notwendigkeit bzw. den Umfang einer Generalsanierung der Sickergrundhalle.

Die Mittel bleiben unverändert bestehen.

**2.13. 5810.9580 - Kostenanteil Stadtbetriebe an Renaturierung Bimbach
5810.9590 - Planungskosten Renaturierung Bimbach
Anfrage von Stadtrat Pauluhn**

Stadtrat Pauluhn wundert sich über die Maßnahmekosten in Höhe von 23.500,00 €, wenn die Planungskosten bei 30.000,00 € liegen.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass die Gesamtkosten für die Renaturierung des Bimbachs in Höhe von 430.000,00 € auf verschiedene Haushaltsstellen aufgeteilt seien.

**2.14. 6101.9590 - Stadtentwicklung, Bauleitplan - Allg. Gutachten und Planungskosten
Anfrage von 2. Bürgermeister Heisel**

2. Bürgermeister Heisel verweist auf das städtebauliche Konzept „Innenstadt“ beim Begleittext zur Haushaltsstelle und möchte wissen, was damit gemeint sei. Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die Ansätze von der Verwaltung gemeldet wurden und nach der Ideenentwicklung die Projekte im Gremium vorgestellt werden. Es handelt sich dabei u.a. um das Deustergelände und den Hindenburg Ring.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.15. 5900.3600/3610 - Kleine Gartenschau, Investitionskostenzuschuss
Anfrage von Stadträtin Wallrapp**

Stadträtin Wallrapp wundert sich, dass die Mittel erst im Jahr 2015 eingehen, obwohl der Verwendungsnachweis im Jahr 2013 übermittelt wurde.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass man dem Zuschussgeber auch Prüfungszeit eingestehen müsse. Die Verwaltung hoffe, dass die Mittel im Jahr 2015 eingehen werden.

**2.16. 6151.9882 - Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen, Privatmaßnahmen in Sanierungsgebieten
Anfrage von Stadtrat Pauluhn**

Stadtrat Pauluhn möchte wissen, ob bei der Haushaltsstelle 6151.9882 auch die Mittel für das Kommunale Förderprogramm enthalten seien.

Stadtkämmerin Erdel verneint dies und stellt dar, dass bei der benannten Haushaltsstelle lediglich die Privatmaßnahmen enthalten seien. Das Kommunale Förderprogramm werde über die Haushaltsstelle 6151.9880 abgewickelt.

**2.17. 6152.9400 - Soziale Stadt, Stadtteilzentrum Siedlung Bau- und Grunderwerbskosten
Anfrage von Stadträtin Wallrapp**

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob die Maßnahme im Jahr 2015 abgeschlossen werde und sämtliche Mittel kassenwirksam werden.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass ggf. die Mittel als Rest ins nächste Jahr übertragen werden könnten.

Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass die Arbeiten im Jahr 2015 abgeschlossen sein werden.

**2.18. 6152.9581 - Soziale Stadt, Fortschreibung Integriertes Handlungskonzept Kitzingen Siedlung
Anfrage von Stadträtin Wallrapp**

Stadträtin Wallrapp verweist auf die eingestellten Mittel in Höhe von 50.000,00 € für die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes und möchte wissen, wer dies bearbeitet. Mit Blick auf die vielen Aufgaben (u. a. Siedlungsschule, Hort) sollte die Fortschreibung sinnvollerweise in das Jahr 2016 geschoben werden.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die Fortschreibung durch das Quartiersmanagement erfolgt und die Maßnahme hinsichtlich der Siedlungsschule durch den Hochbau bearbeitet werden. Insofern sei die Umsetzung im Jahr 2015 vorgesehen.

2.19. 6101.9650 - Ausbau Breitband-/DSL-Versorgung

Die CSU beantragt das Einholen von Angeboten von Fachleuten, die den Breitbandausbau sowie den Abruf von Fördermitteln sicherstellen, falls die Verwaltung nicht zeitnah zur Umsetzung komme.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen und die Verwaltung tätig werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Müller unterbricht die öffentliche Sitzung von 19.10 Uhr bis 19.22 Uhr.

2.20. 6300.9560 - Gemeindestraßen allgemein, Beseitigung von Spurrillen Südtangente und Westtangente

Die CSU möchte die Priorität der Maßnahme erläutert haben. Darüber hinaus sollte diese erst nach Beendigung der Baumaßnahme „Brückenbauwerk Innere Sulzfelder Straße“ erfolgen.

Stadtkämmerin Erdel verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Priorität in der Sitzung des Stadtrates am 27.03.2014 mit Beschlussfassung über die Prioritätenliste General- bzw. Deckensanierung von Ortsstraßen im Zeitraum von 2014-2024 festgelegt wurde. Von Seiten des Stadtbauamtes wird die Dringlichkeit weiterhin begründet. Ebenfalls liegt eine Stellungnahme der PI Kitzingen vor.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Dringlichkeit sowie die Höhe der eingestellten Mittel, die den Stadträten als zu hoch erscheine. Es wird zu bedenken gegeben, dass es im Stadtgebiet weitaus schlechtere Straßen als die Westtangente gebe, weshalb grundsätzlich der Ansatz verschoben werden sollte.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass ausgehend von den Spurrillen, weitere Schäden in den Tragschicht entstehen könnten und insofern der finanzielle Aufwand noch steigen könnte. Aus diesem Grund spricht sich die Tiefbauverwaltung für die Beibehaltung des Ansatzes aus.

Nach weiterer Diskussion, in der sich das Verschieben der Mittel in den Finanzplanungsrest abzeichnet, gibt Ortssprecher Pfrenzinger zu bedenken, dass unabhängig von der Sanierung die Markierungsarbeiten an der Westtangente durchgeführt werden müssen.

Oberbürgermeister Müller schlägt vor, den Ansatz von 1,10 Mio. € für die Spurrillenbeseitigung von 2016 in den Finanzplanungsrest 2019 zu verschieben. Die Markierungsarbeiten werden gleichwohl frühzeitig im Rahmen des Unterhaltes umgesetzt.

beschlossen dafür 31 dagegen 0

Mit dem Vorschlag von Oberbürgermeister Müller besteht Einverständnis. Die Mittel in Höhe von 1,10 Mio. € bei 6300.9560 werden in den Finanzplanungsrest verschoben.

2.21. Bahnhofsumfeld, P + R - Anlagen Süd und Nord mit ZOB, Bahnhofsvorplatz mit Straßen- und Kanalbau

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag der CSU, sämtliche im Zusammenhang mit dem Bahnhofsumfeld stehenden Maßnahmen zu forcieren und die Haushaltsmittel entsprechend vorzuziehen. Ebenso verweist er auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung, wonach im Zusammenhang mit dem Bahnhofsvorplatz auch die Arbeiten an den Straßen sowie Kanälen gesehen werden müsse. Für die Park+Ride-Fläche im Süden ist ein Bebauungsplanverfahren notwendig, welches ca. 9 Monate beanspruchen werde. Auf Grund dessen ist mit Arbeiten in diesem Bereich nicht vor 2016 zu rechnen.

Hinsichtlich der gegenwärtig verstrichenen Zeit verweist Oberbürgermeister Müller auf Gespräche mit der Bahn hinsichtlich des Umgangs mit dem Bahngelände und vor allem des Vorplatzes. Die Bahn erwog zwischenzeitlich einen Verkauf, obwohl bereits ein Nutzungsvertrag abgesprochen war. Letztlich habe die Bahn dem Nutzungsvertrag grundsätzlich zugestimmt, der nun erstellt und unterschrieben werden müsse. Erst dann könne mit den Planungen für den Bereich Nord begonnen werden.

Es wird der Unmut geäußert, dass für den Bereich im Süden (Hst. 6810.9501) , wofür eine Umsetzung unabhängig von der Bahn erfolge könne, so viel Zeit verstrichen sei und weshalb die Mittel für die Umsetzung im Wesentlichen im Jahr 2017 (900.000,00 €) eingestellt seien.

Oberbürgermeister Müller schlägt daraufhin vor, dass die Gesamtkosten in Höhe von 1,21 Mio. € bei Hst. 6810.9501 im Jahr 2016 mit 1,0 Mio. € und im Jahr 2017 mit 210.000,00 € eingestellt werden.

Hiermit besteht Einverständnis.

Für die Aufstellung des Bebauungsplanes sind im Jahr 2015 30.000,00 € sowie im Jahr 2016 35.000,00 € bei Haushaltsstelle 6101.9590 eingestellt.
Stadtkämmerin Erdel ergänzt, dass konsequenterweise auch die Planungskosten bei 6810.9591 entsprechend vorgezogen werden müssen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die eingestellten Mittel für das konkurrierende Verfahren im Norden, worauf Bauamtsleiter Graumann hinweist, dass die Einstellung der Mittel aufgrund der geplanten Bauabschnitte erfolgte und insofern realistisch sei.

Es wird der Antrag gestellt, auch die Mittel für den Bereich Norden entsprechend vorzuziehen, woraufhin Oberbürgermeister Müller folgenden Vorschlag zur Abstimmung stellt:

Haushaltsstelle 6810.9502 Errichtung Busbahnhof, P+R Nord

Mittel von insgesamt 855.000,00 € (55.000,00 € in 2018, 800.000,00 € in FIP-Rest) werden komplett ins Jahr 2017 eingestellt.

Haushaltsstelle 6810.9592 Planungskosten Errichtung Busbahnhof, P+R Nord

Mittel von insgesamt 125.000,00 € (bisher 100.000,00 € in 2018, 25.000,00 € in FIP-Rest) werden 25.000,00 € im Jahr 2016 und 100.000,00 € im Jahr 2017 veranschlagt.

beschlossen dafür 26 dagegen 5

Mit dem Vorschlag von Oberbürgermeister Müller besteht Einverständnis.

2.22. 6815.9598 - Parkplatz Hallenbad Anfrage von Stadtrat Pauluhn

Stadtrat Pauluhn verweist auf den Ansatz zur Herrichtung des Parkplatzes am Hallenbad (Ansatz 200.000,00 € in 2015 bei HHST 6815.9518). Seiner Auffassung nach wäre hier das Schottern ausreichend. Unabhängig davon ist er der Auffassung, dass der Haushaltsausgaberest für die Planungskosten in Höhe von 20.000,00 € nicht benötigt werde, da eine Planung für den Parkplatz auch hausintern vorgenommen werden könne.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass gegenwärtig noch geprüft werde, ob der Parkplatz durch die Stadtbetriebe GmbH oder durch die Stadt Kitzingen errichtet werde.

In diesem Zusammenhang fragt Stadträtin Wallrapp nach, wo Mittel für die Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes eingestellt seien und verweist auf den Vorschlag im Entwicklungsplan, den Bleichwasen als gebührenpflichtigen Parkplatz auszuweisen. Aufgrund dessen müsste der provisorische Parkplatz am Rot-Weiß-Heim entsprechend hergerichtet werden.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass das Herrichten des Parkplatzes am Rot-Weiß-Heim zu teuer sei und für eine mögliche Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes hinsichtlich des Bleichwasens keine Mittel eingestellt seien.

**2.23. 6333.9501 - Ausbau Breslauer Straße
Anfrage von 2. Bürgermeister Heisel**

2. Bürgermeister Heisel verweist auf den notwendigen Ausbau der Breslauer Straße und bittet, dass hierfür in Zukunft Mittel eingestellt werden.
Oberbürgermeister Müller verweist auf das Konzept, welches gegenwärtig seitens der Bau GmbH erstellt werde. Je nach Ergebnis und den weiteren Planungen für die Wohnblocks werden die Mittel für die Straßenmaßnahme entsprechend aufgenommen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.24. 6328.9501 - Baugebiet Eselsberg Süd, Straßenerschließung
Anfrage von Stadträtin Wallrapp**

Stadträtin Wallrapp verweist auf die Einnahmen aus Beiträgen in Höhe von 120.000,00 € für die Abrechnung Eselsberg und möchte wissen, ob diese im Jahr 2015 erfolge.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass die Mittel mit Blick auf die Handlungsfähigkeit eingestellt seien.

**2.25. 6486.9510 - Neubau Brücke Jahnstraße über Eherieder Bach
Anfrage von Stadträtin Wallrapp**

Stadträtin Wallrapp möchte die Dringlichkeit der Maßnahme „Brückenbauwerk Eherieder Bach“ wissen.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass gegenwärtig die Brücke auf 12 t beschränkt sei und mit Blick auf die Sanierung der B 8 und der dann notwendigen Umleitungsstrecke, die über die Brücke führen wird, eine Ertüchtigung notwendig sei.

Stadtrat Pauluhn wundert sich in diesem Zusammenhang, dass die Brücke nur aufgrund der Umleitungsstrecke ertüchtigt werden müsse. Seiner Auffassung nach könnte man sich die Kosten sparen, eine anderweitige Umleitungsstrecke finden und die Brücke in Zukunft nur aufgrund der Tonnagebeschränkung (12 t) befahren lassen.

Aus der Mitte des Gremiums kommt der Hinweis, dass jedes Brückenbauwerk eine entsprechende Belastbarkeit nach DIN aufweisen müsse, auch mit Blick auf die Nutzung für Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert eingestellt.

**2.26. 6401.9510/9590 - Gehweg Innenstadt samt Baunebenkosten
Anfrage von Stadtrat Moser**

Stadtrat Moser möchte wissen, was mit den eingestellten Mitteln in Höhe von 20.000,00 € bei 6401.9590 (Gehweg Innenstadt, Ansatz Baunebenkosten in 2014) sowie 90.000,00 € bei 6401.9510 (Gehweg Innenstadt, Erneuerung Pflaster Fußgängerzone) umgesetzt werden soll.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf die grundsätzliche Beschlussfassung zur konzeptionellen Überarbeitung der Innenstadt, bei der ebenfalls der Gehstreifen sowie beispielsweise die Überquerung in den Markt enthalten waren. Die weiteren Maßnahmen werden in der Kaiserstraße erfolgen, was jedoch erst nach der Umwidmung angegangen werde.

Auf die Frage von Stadtrat Pauluhn, ob der barrierefreie Gehstreifen in der Innenstadt noch im Haushalt enthalten sei, bejaht dies Oberbürgermeister Müller und verweist auf die Haushaltsstellen 6401.9590 sowie 6401.9510.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.27. 6901.9590 - Sanierung Kaimauer Oberer Maimai, Planungs- und Baunebenkosten
Anfrage von Bürgermeister Güntner**

Bürgermeister Güntner verweist auf die Planungskosten (Ansatz 2015: 85.000,00 €) und möchte wissen, wo und in welcher Höhe die Maßnahmekosten eingestellt seien.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die verschiedenen Varianten (Sicherung, Sanierung, umfassende Gestaltung des Vorplatzes) gegenwärtig geplant und berechnet werden, worüber der Stadtrat anschließend eine Entscheidung zu treffen hat, woraufhin die entsprechenden Mittel eingestellt werden können.

Auf die Frage nach etwaigen Zuschüssen stellt Stadtkämmerin Erdel dar, dass für die Voruntersuchungen keine Zuschussmöglichkeit bestehe. Bei der Umsetzung komme es auf den Umfang an, wobei die Sanierung der Kaimauer nicht förderfähig ist, eine umfassende Sanierung mit Vorplatzgestaltung (in Teilbereichen) hingegen schon.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.28. 7181.9680 - Umsetzung Handlungskonzept Kläranlage
Anfrage von Stadtrat Moser**

Stadtrat Moser erkundigt sich mit Blick auf das Handlungskonzept zur Kläranlage auf die mögliche Umsetzung der Problematik hinsichtlich der Partnergemeinden.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass er Infos hierzu ausschließlich in nichtöffentlicher Sitzung geben könne.

Auf die Frage nach dem zeitlichen Verlauf stellt Stadtkämmerin Erdel dar, dass sich die Stadtkämmerei wieder nach Abschluss des Haushaltes um die Angelegenheit kümmern könne.

2.29. 7512.9450 - Neuer Friedhof, Sanierung Friedhofsgebäude

Die CSU möchte die Hintergründe der Maßnahme sowie deren Priorisierung erläutern haben.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass am Friedhofsgebäude noch keine Arbeiten durchgeführt wurden und es sich dabei lediglich um eine grobe Kostenschätzung handle.

Er schlägt vor, dass die weiteren Planungen forciert werden und die Mittel von 1,0 Mio. € im Jahr 2017 auf 500.000,00 € reduziert werden. Die übrigen Ansätze in den Jahren 2016 (50.000,00 €) sowie 2018 (100.000,00 €) bleiben unverändert bestehen.

beschlossen dafür 30 dagegen 0

Mit dem Vorschlag von Oberbürgermeister Müller besteht Einverständnis, so dass folgenden Mittel bei HHST 7512.9450 für die Sanierung des Friedhofsgebäudes eingestellt sind:

2016	50.000,00 €
2017	500.000,00 €
2018	100.000,00 €

**2.30. 7512.9350 - Neuer Friedhof, Ersatz von Leibrollern
Anfrage von Stadtrat Dr. Küntzer**

Stadtrat Dr. Küntzer möchte wissen, was sich hinter dem Ansatz von 75.000,00 € in den Jahren 2016 und 2017 befindet.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass hiermit insgesamt drei Leibrollen beschafft werden sollen.

**2.31. 8260.9870 - Zuschuss an LSC für das Infrastrukturprojekt Sonderlandeplatz
Anfrage von Stadträtin Wallrapp**

Stadträtin Wallrapp möchte den aktuellen Sachstand hinsichtlich des Sonderlandeplatzes erläutert haben.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass der Luftsportclub in enger Abstimmung mit dem Eigentümer, Herrn Blum sei.

**2.32. 8800.9320 - Grundstücksverkehr, Erwerb von unbebauten Grundstücken
Anfrage von Stadtrat Moser**

Stadtrat Moser verweist mit Blick auf den Ansatz bei Haushaltsstelle 8800.9320 (Erwerb von unbebauten Grundstücken) auf die Notwendigkeit, über die grundsätzliche Wohnungspolitik der Stadt Kitzingen zu beraten. Neben den fehlenden Baugrundstücken sollte dabei auch die erstellte Wohnraumanalyse im Gremium sowie der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, die Wohnraumanalyse im Gremium vorzustellen und zu beraten sowie in der nächsten Bürgerversammlung in der Innenstadt auf die Tagesordnung zu nehmen. Mittel für den Erwerb des angedachten Baugebietes sind ab 2015 bei der Haushaltsstelle 8810.9321 in Höhe von 500.000,00 € (im Finanzplanungszeitraum 560.000,00 €) eingestellt.

**2.33. 8802.9410 - Markstraße 27 - 31 Sicherung/Rückbau einsturzgefährdeter Bauteile
Anfrage von Stadträtin Wallrapp**

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob die Stadt Kitzingen im Jahr 2014 tatsächlich eine Sicherungsmaßnahme am ehem. Marktcafe vornehmen musste.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die Gebäude turnusmäßig begangen werden und im Jahr 2014 eine Sicherungsmaßnahme in Höhe von 5.000,00 € notwendig war. Der Ansatz in Höhe von 180.000,00 € dient lediglich der Handlungsfähigkeit.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.34. 9101.9100 - Zuführung zur allgemeinen Rücklage
Anfrage von Stadträtin Glos**

Stadträtin Glos möchte mit Blick auf die Haushaltstelle 9101.9100 (Zuführung zur allgemeinen Rücklage) wissen, ob für mögliche Streitigkeiten hinsichtlich des Bandschutzes in den Marshall Heights entsprechende Rückstellungen geschaffen werden sollten.

Stadtkämmerin Erdel verweist auf eine bestehende Haushaltsstelle im Verwaltungshaushalt, die dann ggf. aufgestockt werden müsse.

2.35. 8810.9500/9590 - Errichtung Zwischenlagerfläche u. überdachter Lagerraum auf Lagerplatz Goldberg Anfrage von Stadträtin Wallrapp

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob die Stadt Kitzingen im Goldberg tatsächlich eine Zwischenlagerfläche für Baustoffe, Böden usw. errichten möchte.

Oberbürgermeister Müller verweist auf das im Eigentum der Stadt befindliche Grundstück im Gewerbegebiet Goldberg, worauf der Platz errichtet werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.36. 3601.9581 - Eisgrube
Antrag der ÖDP-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Pauluhn verweist auf den Antrag der ÖDP, für die Umsetzung der Maßnahme zur Eisgrube Mittel in Höhe von 50.000,00 € einzustellen.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass noch keine konkreten Maßnahmen feststehen und erst nach Kenntnis dessen, entsprechende Mittel eingestellt werden sollten.

In der kurzen Diskussion stellt Bauamtsleiter Graumann fest, dass Mittel in Höhe von 25.000,00 € im Jahr 2015 ausreichend sein sollten, worüber Oberbürgermeister Müller bittet, einen Beschluss zu fassen.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

Es besteht Einverständnis für die Maßnahme „Eisgrube“ im Haushalt 2015 Mittel in Höhe von 25.000,00 € einzustellen.

2.37. Antrag der ODP-Stadtratsfraktion, Mobilfunk

Stadtrat Pauluhn verweist auf den Antrag der ÖDP zur Einstellung von Mittel für die Fortschreibung des Mobilfunkkonzeptes.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass man zunächst die neue Konstituierung des Arbeitskreises abwarten sollte. In Folge dessen könnten entsprechende Mittel in den Haushalt einfließen.

Bei folgender Diskussion wird festgestellt, dass es sich um einen Antrag zum Verwaltungshaushalt handelt, der erst am zweiten Tag der Haushaltsberatungen zu beraten sei.

Hiermit besteht Einverständnis.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.10 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt